

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 131. Ratssitzung vom 3. Februar 2021

3538. 2020/166

**Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Andreas Kirstein (AL) vom
06.05.2020:**

Bericht über die sozialen und politischen Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs auf die damaligen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2425/2020): Wir unterhalten uns im Rat oft über die Zukunft der Stadt. Wir sprechen über neue Bauten, neue Strassen, neue Parks, die Zürich schöner, smarter und häufig auch reicher machen sollen. Die Zukunft braucht jedoch nicht nur Visionen und neue Infrastruktur, sondern auch Herkunft. Herkunft lässt sich wiederum nur über das kollektive Erinnern von erlebten Geschichten herstellen, wobei sich das Erinnern nicht nur auf ein sich Vergewärtigen der Vergangenheit bezieht, sondern auch als ein sich Vergewärtigen von zukünftig Drohendem und damit so auch als Zukunftserinnerung zu begreifen ist. Darum ist es von Zeit zu Zeit notwendig, dass sich der Rat mit der Vergangenheit unserer Stadt beschäftigt. Im konkreten Fall geht es um unsere Erinnerung an die Solidarität der Stadtbevölkerung mit der spanischen Bevölkerung in den 1930er-Jahren und was wir daraus lernen könnten. Wir sprechen darüber, wie wir mit der Überwindung unseres kollektiven Vergessens die Demokratie unserer Stadt stärken könnten. Im letzten Frühling wurde klar, wie schnell und einfach die Beleidigung und Entehrung der sogenannten Spanienkämpferinnen und Spanienkämpfer und deren Familienangehörigen in unserer Stadt stattfinden kann. Die zweite spanische Republik genoss grosse Sympathien in der Bevölkerung von Zürich. Viele Menschen waren vom sprunghaften Fortschritt, den die Republik in Spanien damals möglich machte, fasziniert. Man denke beispielsweise an das Frauenstimmrecht, das in der Schweiz erst rund 50 Jahre später eingeführt werden konnte. Der Putsch von General Franco und der danach folgende Krieg bedeutete für viele Stadtbewohnerinnen und -bewohner einen immensen Schock. Allerdings löste er auch eine breite Solidaritätsbewegung aus, die sogenannte Spanien-Hilfe. Einzelpersonen, Geschäfte, sogar Kindergruppen haben Geld und Materialien für die Kriegsoffer gesammelt. Menschen aus allen Schichten konnten das demokratische Unrecht nicht ertragen und gingen nach Spanien. Sie haben damals richtig gespürt, was der Kampf für Spanien, aber auch für die Schweiz und für Europa bedeutet. Leider hat die Schweiz von 1939 die Qualitäten der Menschen nicht gesehen. Von den 800 Personen, die in Spanien zum Kampf ankamen, kehrten nur 600 zurück. In Zürich hat man weder den 200 Verstorbenen gegenüber und erst recht nicht den zurückgekommenen Spanienkämpferinnen und -kämpfern Dankbarkeit gezeigt. Die Institutionen haben diesen Menschen das Leben zur Hölle gemacht. Man stellte sie vor Gericht und sperrte sie teilweise monate- oder jahrelang ein. In Deutschland wurden die Spanienkämpferinnen

und -kämpfer zumindest gesellschaftlich geehrt. Man denke zum Beispiel an Willy Brandt. Die offizielle Schweiz jedoch hat an ihnen ein Exempel statuiert. Nach der Strafe kam die Scham – für die Kämpferinnen und Kämpfer, aber insbesondere auch für ihre Familienangehörigen. Der soziale Druck war derart gross, dass die körperliche, psychische und soziale Sicherheit der Familien permanent gefährdet war. Man hat direkt und indirekt mit erhobenem Finger auf diese Menschen und ihre Angehörigen gezeigt und sie teilweise wie Aussätzige behandelt. Man hat sie diskriminiert, indem man ihnen aufgrund ihrer spanischen Vergangenheit zum Beispiel einfache Arbeitsstellen in der Stadtverwaltung verwehrt hat. Familien sind aufgrund des Drucks und der gesellschaftlich erzwungenen Scham auseinandergebrochen. Manche betroffene Person ist an dem Druck kaputtgegangen und hat Suizid begangen. Das sind nur einzelne Schlaglichter. Der Zürcher Gemeinderat hat sich bereits in der Vergangenheit mit der juristisch und sozial prekären Situation der Menschen beschäftigt und das Unrecht konstatiert. Eine systematische Beleuchtung der Auswirkungen der Solidaritätsaktivität durch die Stadt hat aber nicht stattgefunden. Ebenfalls herrscht Schweigen über die geflüchteten spanischen Kinder, die während dem Bürgerkrieg in der Stadt angekommen sind. Manche dieser unbegleiteten Minderjährigen sind hier geblieben, andere wurden nach dem Krieg irgendwo hingeschickt, aber nicht nach Spanien. Es ist deshalb Zeit, all diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, denen aufgrund ihrer richtigen Haltung und ihren richtigen Taten so viel Leid zugefügt wurde, zu gedenken. Die Frage ist, wie man das als Gesellschaft tun kann und wie vergangenes Unrecht wieder gutgemacht werden kann. Man könnte eine Strasse nach ihnen benennen. Aber «Strasse der SpanienkämpferInnen und deren Angehörigen» hört sich nicht überzeugend an. Man könnte auch eine Plakette in der Stadt aufhängen. Leider ist es so, dass die Aufgabe schon von Privaten, die sich nichts zuschulden haben kommen lassen, erledigt worden ist. Deshalb schlagen Andreas Kirstein (AL) und ich etwas Neues in Sachen kollektiver Erinnerung für Zürich vor. Es wäre den Menschen, ihren Angehörigen und vor allem zukünftigen Generationen geholfen, wenn diese Geschichte der Ungerechtigkeit und ihre Folgen amtlich erfasst würde. Die Stadt verfügt über unzählige Dokumente und Akten, die den Leidensweg der Familien festhalten. Das Sozialarchiv hat die notwendige Expertise, um die Daten zu kontextualisieren. Wir wollen einen Bericht, der uns daran erinnert, wie schlecht wir mit solidarischen Menschen, die unter widrigsten Umständen für das Richtige gekämpft haben oder Geflüchtete bei sich aufgenommen haben, umgegangen sind. Der Bericht soll das Schweigen brechen und als dynamisches Mahnmal gelten. Zukunft braucht Herkunft und Herkunft braucht Erinnerung.

Stefan Urech (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. Juni 2020 gestellten Ablehnungsantrag: *Auch ich habe wie mein Vorredner spanisches Blut in mir. Wir sind uns in vielen Punkten über den Bürgerkrieg einig. Wir sind uns aber überhaupt nicht einig in dem, was das Postulat fordert. Es fordert, dass das schweizerische Sozialarchiv einen Bericht erfassen soll, eine Forschung in Auftrag geben soll. Das schweizerische Sozialarchiv ist ein privatrechtlicher Verein. Dieser Verein erhält jährlich eine halbe Million Franken von der Stadt Zürich. Er erhält auch 1 Million Franken vom Kanton und 1,2 Millionen Franken vom Bund. Gemäss den Statuten des Vereins ist für die Themensetzung, die über mehrere Jahre geplant wird, der Vorstand des Vereins zuständig und nicht Parlamente in Gemeinden, die den Verein unterstützen.*

Es geht nicht an, dass wir im Gemeinderat Themenschwerpunkte festsetzen aufgrund von Zeitungsartikeln, die wir gelesen haben und über die wir uns aufgeregt haben. Als damals das Postulat eingereicht wurde, hat mein Vorredner eine persönliche Erklärung gehalten. Er hatte einen Artikel in der «Weltwoche» zu diesem Thema gelesen, der ihn aufregte. Mit diesem Postulat wollte er darauf reagieren. Würde das Postulat umgesetzt, wäre dies ein Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit und die Wirtschaftsfreiheit des schweizerischen Sozialarchivs. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern auch die Meinung des schweizerischen Sozialarchivs. Wir haben das Postulat in der Spezialkommission Präsidentialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) behandelt. Ich habe nachgefragt, was man von diesem Vorstoss halte, dass das Parlament den Verein beauftrage, er solle sich als nächstes mit einem gewissen Thema befassen, weil man gerade einen Artikel dazu gelesen hat, der einen aufgeregt hat. Die Antwort des Vereins lautete, dass man dies für einen fraglichen Angriff auf ihre wissenschaftliche Freiheit halte. Wir Politiker, egal ob von ganz links oder ganz rechts, sollten den wissenschaftlichen Institutionen keine Forschungsaufträge erteilen. Die Resultate der Aufträge sind eigentlich schon vorgegeben. Wir haben das im Votum meines Vorredners gehört. Er sagte, dies und das sei schlecht und er erwarte dies und jenes vom Bericht und dessen Resultaten. Man ist nicht interessiert an einer differenzierten Aufarbeitung. Das zeigt sich auch daran, wie man sich über den Artikel in der «Weltwoche» echauffiert hat. Ich kann mich gut an die persönliche Erklärung von Dr. David Garcia Nuñez (AL) erinnern. Er sagte, die Weltwoche und Roger Köppel würden den Faschisten Franco verherrlichen und von allen Sünden heilreden, die er begangen habe. Ich möchte den ersten Satz des Artikels vorlesen: «Diktator Francisco Franco unterdrückte seine linken Gegner brutal und schaffte die Demokratie in Spanien ab.» Dann kommt ein sehr langer Artikel über die vielen Gräueltaten, die er begangen hat. Es werden aber auch gewisse Gräueltaten erwähnt, die von der Opposition begangen wurden, und gewisse Dinge, die Franco während seiner Amtszeit nicht falsch gemacht hat. Offenbar ist aber eine differenzierte Aufarbeitung nicht erwünscht. Genau aus diesem Grund sollten wir den wissenschaftlichen Institutionen keine Aufträge geben, sondern sie sollten unabhängig sein und ohne Druck ihre Themen setzen und ihre Forschung betreiben können.

Weitere Wortmeldungen:

Marco Geissbühler (SP): *Im Juli 1936 haben faschistische Militärs um den General Franco gegen die demokratisch gewählte Mitte-links Regierung in Spanien geputscht. Unterstützung erhielten sie von Nazi-Deutschland und Italien unter Mussolini. Auf der anderen Seite haben sämtliche demokratischen Staaten die spanische Republik im Regen stehen lassen. Keine einzige demokratische Regierung hielt es für nötig oder angebracht, in Spanien gegen den Faschismus und für die Demokratie zu kämpfen. Ganz anders hat es die Bevölkerung in diesen Staaten gesehen. Dr. David Garcia Nuñez (AL) hat es bereits ausgeführt: Es gab eine grosse Solidarität von Anti-Faschistinnen, Sozialdemokraten, Kommunistinnen, Liberalen. Viele gaben ihren letzten Rappen, um den Menschen in Spanien zu helfen. Einige von ihnen haben sogar ihr Leben dafür gegeben. Gerade in Zürich war die Solidarität sehr gross. Wir schulden es diesen Menschen heute, ihren Einsatz zu würdigen und die Auswirkungen des spanischen Bürgerkriegs*

auf Zürich historisch aufzuarbeiten. Wir müssen das Andenken an eine Zeit lebendig halten und daraus lernen – gerade in einer Zeit, wo Faschismus und Totalitarismus weltweit wieder auf dem Vormarsch sind. Es geht um den Umgang der Schweiz mit Menschen, die in Spanien gekämpft haben. Als einzige Demokratie hat die Schweiz Spanienkämpfer strafrechtlich verfolgt und verurteilt. Der Schweizer Staat hat die Menschen, die als Verteidigerinnen und Verteidiger von Menschenrechten und Demokratie nach Spanien gingen, verurteilt, ins Gefängnis gesteckt, ihnen ihr Stimm- und Wahlrecht entzogen. Nirgendwo waren die Strafen so hart wie in Zürich. Warum dem so war, könnte man im Bericht gut aufarbeiten. Zur Haltung der offiziellen Schweiz lieferte der Historiker Jakob Tanner folgende Erklärung: «Die demütigende Bestrafung der Spanienkämpfer durch die Schweizerische Justiz kann als Rachereflex gegenüber Bürgern dechiffriert werden, denen Demokratie und Menschenrechte wichtiger waren als Vaterland und nationale Mythen und die sich eine Heimat überall da vorstellen konnten, wo die Fahne der Freiheit weht.» Die Idee, dass wir unsere Freiheit und unsere Demokratie auch in Spanien verteidigen können, war damals unvorstellbar für die offizielle Schweiz. Dass es eine globale Verantwortung gibt, gegen Faschismus zu kämpfen, dass wir uns auch ausserhalb der Schweiz für die Menschenrechte engagieren können, dass wir weltweit Verantwortung für Menschenrechte tragen können – das ist ein Denken, das bis heute einem Teil der Schweizer Politik fremd geblieben ist. So ist es wenig überraschend, dass der Ablehnungsantrag zu diesem Vorstoss von der SVP kommt. Ebenso überrascht es nicht, dass er mit an den Haaren herbeigezogenen und spitzfindigen Argumenten begründet wird. Als ich das Thema im Gespräch mit der Verantwortlichen des Sozialarchivs angesprochen habe, habe ich nicht festgestellt, dass eine grosse Abneigung da wäre, das Thema aufzuarbeiten oder den Auftrag entgegenzunehmen. Ich habe nun über die problematische Tradition gesprochen. Es gibt zum Glück auch noch eine andere historische Tradition, die bis heute in diesem Zusammenhang fortlebt. Ich darf im Vorstand einer Entwicklungsorganisation mit Sitz in Zürich mitarbeiten, die ihren Ursprung in der medizinischen Hilfe für das republikanische Spanien im spanischen Bürgerkrieg hat. Medico Internacional Schweiz kämpft bis heute zusammen mit Menschen weltweit für deren Rechte im Gesundheitsbereich, sei es in Kurdistan, in Zentralamerika oder in Vietnam. Auch der positive Aspekt der Geschichte lebt in unserer Stadt weiter. Es gibt historische Kontinuitäten im Guten wie im Schlechten, die ihre Wurzeln im spanischen Bürgerkrieg haben und die bis heute andauern. Deshalb ist es wichtig, dass wir das Postulat überweisen, damit wir uns als Gesellschaft tiefer damit auseinandersetzen können. Wir hoffen, dass daraus ein Bericht resultiert, der nicht in einer Schublade verstaut, sondern als Andenken an die wertvolle internationale Solidarität gegen den Faschismus weiterlebt.

Christine Seidler (SP): *Ich werde für einmal ein sehr persönliches Votum halten. Obwohl die Spanienfreiwilligen für Freiheit und Unabhängigkeit gekämpft haben und sich für Demokratie und gegen Faschismus eingesetzt haben, wurden sie zu Hause ins Gefängnis gesteckt. Die Schweiz ist die einzige Demokratie der Welt, die die Spanienfreiwilligen konsequent verfolgt und bestraft hat. Eine Amnestie wurde im Jahr 1939 abgelehnt. Mein Grossvater diente als Spanienfreiwilliger im Bataillon Tschapajew. Er diente aus tiefer Überzeugung, dass Faschismus, politische Verfolgung und Diskriminierung*

unrecht seien. Er war überzeugter Verfechter des Rechtsstaats Schweiz, von der Demokratie und einer entsprechenden gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Er hat sich zeitlebens für die Demokratie und sein Verständnis von Demokratie und deren Werte engagiert. Im Buch über das Bataillon Tschapajew schreibt er in einem Aufsatz aus dem Schützengraben an die Schweizerinnen und Schweizer zu Hause, dass ein drohender Verlust von Moral und Gedanken an die Anerkennung ihrer historischen Leistung für die Demokratie entgegen einem demagogischen Faschismus ihre Hoffnung nähre und sie diesen Krieg in Spanien aushalten lasse. Aber zu Hause warteten nicht Anerkennung und Respekt, sondern ein hartes Militärurteil, eine unbedingte Gefängnisstrafe, jahrelanges Wahl- und Stimmrechtsverbot, ein Berufsverbot und jahrelange Diskriminierung, die bis in meine Generation andauerte. Um der Diskriminierung zu entfliehen, wanderte mein Grossvater nach Sarajevo aus und leistete Wiederaufbauarbeit für Tito. Erkrankung und Tod eines Kindes zwang die Familie zur Rückkehr in die Schweiz. Dort durfte er nach wie vor weder seine politischen Rechte noch seinen Beruf als Lehrmeister und Modellschreiner ausüben. Das zwang die Familie dazu, ein damals unkonventionelles Familienmodell für die wirtschaftliche Erhaltungsfähigkeit zu lancieren. Meine Grossmutter hat sich in der Haute Couture selbstständig gemacht. Sie war eine international anerkannte und erfolgreiche Geschäftsfrau. Dies entsprach nicht dem Zeitgeist. Mein Grossvater war für den Haushalt zuständig. Diese Tatsache führte zu weiteren Vorurteilen. Die Art der Arbeitsteilung und die Werthaltung für Rechtsstaat und Demokratie bescherte der Familie eine generationenübergreifende Fische. Eine Fische mit kollektivem Gedächtnis für Sippenhaft. Ein Beispiel: Ich war überglücklich, als ich meinen Traumberuf als Geigenbauerin mit einem unterschriebenen Lehrvertrag bei Jecklin erfüllt sah. Dieser Traum löste sich ins Nichts auf. Zwei Wochen, bevor ich die Lehre hätte antreten dürfen, wurde mir ohne Begründung mitgeteilt, dass ich die Lehre nicht antreten könne. Ich war ratlos und verstand nicht, was die Gründe für die Vertragsauflösung waren. Das Rätsel löste sich 30 Jahre später, als Ralph Hug mich im Rahmen seiner Rechercharbeit für sein Buch «Die Schweizer Spanienfreiwilligen» kontaktierte. Im Rahmen der Publikation hatte meine Familie zum ersten Mal Einsicht in ungeschwärzte Fischen, die meine Herkunftsfamilie vom Dienst meines Grossvaters als Spanienfreiwilliger in den späten 1930er-Jahren bis in die 1990er-Jahre beschreibt, nach welchen wunderlichen Kriterien wir immer wieder als Familie und Menschen bewertet wurden. Dort war auch ersichtlich, dass ich Teil dieser Fische bin, und dass dies der Grund war, warum ich meine Lehrstelle bei Jecklin nicht erhalten hatte. Ich habe meinen Weg trotzdem gemacht, auch wenn mich diese Erkenntnis tief und bis heute prägt. Dies steht aber in keinem Vergleich zu den schmerzhaften und entwürdigenden Entbehrungen und Erfahrungen, die die Spanienfreiwilligen erfahren haben. Jahrzehntelang blieben die Spanienkämpferinnen und -kämpfer vergessen, diskriminiert und ihrer demokratischen Rechte beraubt. Ein Umstand, der meinen Grossvater stetig zermürbt hat und ihn letztendlich gebrochen hat. Die Rehabilitierung hat er, wie fast alle Spanienfreiwilligen, nicht mehr erlebt. Aber er hätte sich mit Sicherheit gefreut, wie wir heute über das Thema sprechen. Deshalb wünsche ich mir im Namen meines Grossvaters die längst fällige Rückgabe seiner Würde und der Würde der Menschen, die damals betroffen waren. Ich wünsche mir hier und jetzt von diesem Rat Respekt und Achtung für den Mut und das Engagement, das von diesen Menschen, die Demokratie und Menschenrechte eingefordert haben, und für die Menschen, denen Un-

recht widerfahren ist. Ich wünsche mir Gehör für sie und eine symbolische Anerkennung, dass die Aufarbeitung ein geschichtliches und moralisches Zeugnis dafür werden soll, dass die Verteidigung und Einforderung von Demokratie und Rechtsstaat keine Straftaten sind, sondern eine Notwendigkeit. Es bedarf einer kollektiven Erinnerung und einer Aufarbeitung der unrühmlichen Rolle der Schweiz in der Geschichte der Spanienfreiwilligen. Man kann Geschichte nicht ruhen lassen, solange Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weltweit mit Füßen getreten werden und die Welt schweigend zuschaut.

Dr. Frank Rühli (FDP): *Die FDP lehnt das Postulat vor allem aus zwei Gründen ab. Uns allen ist klar, dass sehr viel Unrecht geschah, auch gegenüber den Spanienkämpfern und -kämpferinnen. Es ist sehr viel Emotionalität darin enthalten. Wir haben persönliche Schicksale gehört. Es ist aus historischer Sicht eine sehr wichtige Epoche. Als jemand, der professionell viel mit historischen Daten und Fragestellungen arbeitet, möchte ich kurz sagen, warum die FDP zurückhaltend ist respektive das Postulat ablehnt. Zum einen denken wir, dass die Einforderung eines solchen Berichts über den Stadtrat ausgelöst werden sollte. Die neutrale Wissenschaft ist deutlich besser dafür geeignet. Man sollte die Sache entsprechend den Experten überlassen. Diese Aufarbeitung findet auch statt. Es findet ein historischer Diskurs statt. Politiker sollten sich dort vielleicht nur begrenzt einmischen. Die politische Ausrichtung des Postulats ist klar. Auch diese ist problematisch. Wie immer in historischen Situationen ist nicht immer klar, wer die Guten und wer die Bösen waren, auch wenn es in diesem Fall mehrheitlich eindeutig ist. Es muss aber auch festgehalten werden, dass zum Beispiel auch sehr viele Leute, die aus einer liberalen, freiheitlichen Grundhaltung aus der Schweiz kamen, auf der Seite der Anti-Monarchisten als liberale Republikaner gegen General Franco gekämpft haben. Auf der anderen Seite sieht man auch Erfahrungen, wie sie Ernest Hemingway oder George Orwell gemacht hatten, und dass sich in historischen Konflikten die Einschätzungen im Laufe des Konflikts ändern können. Der Grund für die Ablehnung des Postulats ist somit, dass wir finden, dass eine differenzierte Beurteilung unabhängig von heutigen parteipolitischen Stereotypen in diesem Postulat nicht gewünscht ist. Es sollte nicht von Anfang an bereits klar sein, welches Resultat man von einem Bericht erwartet. Man kann sich auch zu Recht fragen, ob es auch noch andere historische Konflikte gäbe, die vielleicht sogar bedeutender für die Schweiz sind und zeitlich näher liegen, die man entsprechend aufarbeiten müsste. Der Punkt ist aber vor allem, dass es nicht Sache des Stadtrats ist, über das Sozialarchiv einen Bericht einzufordern. Die Wissenschaft und die Historiker sollten das neutral von sich aus machen und es sollte nicht über eine politische Agenda geschehen. Wir sind gegen dieses aus unserer Sicht unnötige und einseitige Postulat.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Bei allem Respekt vor dem, was damals im spanischen Bürgerkrieg passiert ist, ist es nicht unsere Aufgabe, dies aufzuarbeiten. Ich habe keine spanische Vergangenheit, wohl aber französische und portugiesische Wurzeln. Aber ich käme nie auf die Idee, nun Studien anregen zu wollen, um die Folgen der französischen Revolution zu analysieren und einen Bericht über die Auswirkungen auf Zürich zu erstellen. Auch in der französischen Revolution geschahen zum Beispiel mit der Guillotine grauenhafte Dinge. Es war sozusagen Massenmord. Man könnte auch dort eine Untersuchung anregen. Ein weiteres Beispiel: In Portugal herrschte unter Antonio*

de Oliveira Salazar mit der Geheimpolizei PIDE lange eine beinahe faschistische Diktatur. Auch da hätte es mit einem Bericht einiges aufzuarbeiten gegeben. Aber das ist nicht unsere Aufgabe. Wir sollten keine Studien anregen aus persönlicher Betroffenheit. Es wird unwissenschaftlich, weil die Werturteilsfreiheit nicht mehr gegeben ist. In diesem Sinne ist das Postulat auch aus wissenschaftlicher Sicht völlig falsch.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Ich möchte kurz replizieren auf das, was bisher gesagt wurde. Es beginnt damit, dass gesagt wurde, wir würden dem Sozialarchiv einen Auftrag geben. Das stimmt nicht. Es steht «in Zusammenarbeit». Es steht nicht, dass der Stadtrat diesen Auftrag geben wird. In der Schweiz herrscht Wissenschaftsfreiheit. Das Sozialarchiv muss das nicht annehmen, wenn es dies nicht möchte. Ich leite selber ebenfalls eine Stelle und erhalte jeweils Anfragen wegen Aufträgen. Manche nehme ich an, manche nicht. Manche sind von bürgerlichen Regierungen, manche von linken Regierungen. Das ist ein normaler Vorgang in der Schweiz. Das zweite betrifft die Aussage, man wolle keinen Bericht. Wir kamen auf den Bericht, damit wir nicht eine Strasse oder eine Statue fordern. Man kann sich fragen, ob das meinen Vorrednern lieber gewesen wäre, wenn ich eine Statue zu Ehren der Gefallenen im spanischen Bürgerkrieg gefordert hätte, zum Beispiel anstelle der Statue von Herrn Escher am Bahnhofplatz. Zum Votum von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es gibt Statuen zu den Gefallenen der Französischen Revolution in unserem Land. Das Löwendenkmal in Luzern ist eines davon. Es ist eine Touristenattraktion. Aber wir wünschen uns eine dynamische Verarbeitung der Geschichte. Zum Artikel in der «Weltwoche»: Das Postulat hat damit nichts zu tun. Der Artikel hat aber gezeigt, wie schnell und wie häufig in diesem Land über die Ehre von Leuten, die für das Richtige gefallen sind, negativ geschrieben werden kann. Stefan Urech (SVP) hat es zusammengefasst. Ich bin nicht daran interessiert, mit ihm einen Streit zu starten. Aber er vergass in seiner Zusammenfassung zu erwähnen, dass es im Artikel heisst, man müsse Franco dankbar sein. Das ist eine grosse Portion Gewalt für Leute, die das miterleben mussten. Wir werden im Rat irgendwann über andere Postulate sprechen, zum Beispiel über Rosa Luxemburg, und wir werden darüber sprechen, was symbolische Gewalt bedeutet. Der Artikel in der «Weltwoche» war auf dieser Ebene relativ gewalttätig. Ich habe keine Hoffnung, dass die «Weltwoche» deswegen ihre Linie ändern wird. Das muss sie auch nicht tun. Aber ich habe die Hoffnung, dass alle anderen die Erinnerung an diese Menschen durch den nun geforderten Bericht aufrecht erhalten können und dass er uns hilft, eine Zukunftserinnerung für unseren Umgang mit geflüchteten Menschen heute und mit Kriegssituationen in aller Welt aufzubauen.*

Dominique Zygmunt (FDP): *Bei der Vorbereitung auf die Debatte habe ich etwas gelernt. Ich bin kein Spezialist in spanischer Geschichte. Aber wir sehen die Plakate, die dazu aufrufen, sich vermehrt politisch zu engagieren. Vielleicht wäre es von Vorteil, dass man sich im Rat auch mit Themen befasst, denen man im Alltag nicht oft begegnet. Mein Vorredner hat die Frage in den Raum gestellt, ob wir es besser finden würden, anstelle des Berichts eine Statue oder Gedenktafel zu haben. Ich bin nicht sicher, ob wir nicht tatsächlich auf der Seite jener wären, die ein öffentliches Mahnmal befürworten würden. Die Frage ist, was mit dem Bericht geschieht. Die meisten Postulatsberichte der*

Stadt Zürich werden vom Gemeinderat gelesen, von jenen, die die Berichte angefordert haben. Danach verschwinden sie oft in einer Schublade. Sie sind nicht von Dauer. Mein Vorredner hat von dynamischer Geschichtsinterpretation gesprochen. Mein Eindruck ist, dass es bereits sehr viel an Geschichtsschreibung gibt zu dem, was passiert ist. Dass man das aufarbeitet, was passiert ist, ist auch richtig. Auch die Würdigung der Menschen ist richtig, die sich gegen den Faschismus und gegen die Unterdrückung eingesetzt haben, viele davon mit liberalem Hintergrund. Ich habe festgestellt, dass im Umfeld der Rehabilitation auch sehr viel an Aufarbeitung zustande gekommen ist. Das historische Bild ist deshalb für uns eigentlich bereits sehr klar. Vor diesem Hintergrund sind wir zum Schluss gekommen, dass es nicht Aufgabe der Stadt Zürich ist, einen Bericht anzufordern. Es gibt Universitäten, es gibt Forscherinnen und Forscher, Forschungsinstitute, die sich mit dem Thema beschäftigen und beschäftigt haben. Für uns ist dies im Moment zufriedenstellend. Es stimmt aber, dass es zu lang gedauert hat, bis man sich mit dem Thema beschäftigt hat. Die Einordnung ist zu langsam fortgeschritten. Sie fand aber schlussendlich statt. Deshalb fragen wir uns, was ein Postulatsbericht auf einigen Seiten Papier noch hinzufügen könnte, und ob es nicht besser wäre, wenn wir es so lassen würden und uns einer Sache widmen würden, die mehr von Dauer ist als einige Seiten Papier.

Namens des Stadtrats nimmt die die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Ich stelle fest, dass sich der Gemeinderat immer wieder und zunehmend mit der Zürcher Geschichte befasst. In letzter Zeit wurden zwei grosse historische Studien der Universität Zürich vorgestellt, die in einem Fall auf Aufträge des Gemeinderats zurückgehen. Beim einen Bericht ging es um die Verstrickungen der Stadt Zürich mit dem Sklavenhandel und der Sklaverei. Der andere Bericht befasste sich mit der Entstehung und Finanzierung der Kunstsammlung von Emil Bührle. Weiter hatten wir ein Postulat auf dem Tisch, das die Verfolgung von Frauen unter dem Vorwurf der Hexerei unter dem alten Zürich thematisierte oder ein Postulat zum Landesstreik im Jahr 1919, als im Jahr 2019 dieses Ereignis 100 Jahre her war. Das Interesse an wichtigen Ereignissen und Entwicklungen in der Vergangenheit ist positiv. Es ist wichtig, sich mit der Vergangenheit zu befassen. Das Forschungsgebiet, auf das sich der Vorstoss bezieht, ist allerdings keine Terra incognita. Es gibt im Volkshaus eine Gedenktafel, die an die Spanienkämpfer erinnert, auch am Haus Theater Neumarkt. Das Stadtarchiv hat mir eine Literaturliste zu diesem Thema zusammengestellt. Sie ist beeindruckend lang. Ich nenne hier nur eine der neusten Publikationen. Sie ist von Romy und Erich Günthardt und trägt den Titel «Spanische Eröffnung 1936. Rotes Zürich, deutsche Emigranten und der Kampf gegen Franco». Die Publikation erschien im Jahr 2017. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen und allenfalls wie angeregt mit dem Sozialarchiv Kontakt aufzunehmen. Der Leiter des Archivs, Professor Christian Koller, ist ein ausgewiesener Kenner der Materie. Er wird den Forschungsbedarf und mögliche Forschungsfelder sicherlich beurteilen können.*



9 / 9

Das Postulat wird mit 62 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat